

Afghanistan-Krieg

1996 übernahmen die Taliban (Angehörige einer radikalen islamischen Miliz) die Macht in Afghanistan. Ihre Radikalität und Nichteinhaltung der Menschenrechte führten in die außenpolitische Isolation. Nach dem 11. September 2001 wurde das Regime zum ersten Ziel des „Kriegs gegen den Terror“ der Bush-Administration, weil es sich weigerte, Osama bin Laden, den mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge, auszuliefern. Als Reaktion griff im Oktober 2001 eine US-geführte Koalition das Land an und stürzte das Taliban-Regime.

Allianz der Willigen

Auch „Koalition der Willigen“. So bezeichneten die US-amerikanischen Gründer dieses Bündnisses eine Allianz von Staaten, die den Angriff der USA auf den Irak im Frühjahr 2003 politisch und militärisch unterstützten. Mehr als 35 Staaten nahmen daran teil.

Beobachtermission

Die Beobachtermission ist eine Form des Einsatzes neutraler militärischer Kräfte durch die Vereinten Nationen. Sie setzt sich aus bewaffnetem und unbewaffnetem Militärpersonal zusammen. Das Ziel jeder Beobachtungsmission ist es, die Situation in dem betreffenden Land festzustellen und Tatbestände zu sammeln.

Blauhelmeinsatz

Bezeichnung für Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UNO). Die Einsatzkräfte sind mit blauen Helmen oder Barettten ausgestattet, auf denen in weißen Lettern „UN“ geschrieben steht. Diese Einsätze dienen der Überwachung von Waffenstillständen, der Sicherung des Friedens oder dem Wiederaufbau ganzer Länder.

Charta

Verfassung[surkunde], grundlegende rechtliche und politische Urkunde. Die Charta der Vereinten Nationen ist das grundlegende Dokument für das Selbstverständnis und die weitere politische Entwicklung der UNO.

Friedens erzwingungsmaßnahmen

Auch Friedenssicherungseinsätze. Diese sollen unter dem Einsatz von Soldaten, Polizisten und Zivilkräften aus verschiedenen Staaten bei einem Konflikt Unterstützung leisten und die Voraussetzungen für einen tragfähigen Frieden schaffen. Das Personal von Friedenseinsätzen beobachtet und kontrolliert die Friedensprozesse nach dem Ende eines Konflikts und ob getroffene Vereinbarungen umgesetzt werden. Darunter fallen die Förderung menschlicher Sicherheit, vertrauensbildende Maßnahmen, Regelungen zur Machtteilung, Wahlhilfe und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Friedenssicherungseinsätze werden vom Sicherheitsrat beschlossen.

Golfkriege

Bezeichnung für drei Kriege, an denen der Irak beteiligt war (siehe auch Irakkrieg). Der erste Golfkrieg (1980–1988) wurde zwischen dem Irak und dem Iran geführt. Am 22. September griff der Irak den Nachbarstaat Iran an. Vordergründige Ursache des Krieges war ein Streit mit dem Iran um Schifffahrtsrechte im Persischen Golf. Es ging aber vor allem um die Befürchtung des damaligen Machthabers Saddam Hussein, der iranische Revolutionsführer Ajatollah Khomeini könnte versuchen, das Anfang 1979 im Iran etablierte islamische Regime in den Irak zu exportieren. Einen „Sieger“ der kriegerischen Handlungen gab es nicht: 1988 wurde ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Auf irakischer Seite starben rund 200 000 Soldaten, auf iranischer Seite schätzungsweise drei- bis viermal so viele Menschen.

Gremium

Expertengruppe oder beschlussfassender Ausschuss, der von einer oder mehreren Institutionen zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben in wiederkehrender (Teilzeit-) Tätigkeit bestellt wird.

Hoheitsgewalt

Durch die Rechte einer Verfassung bestimmte Gewalt oder Macht, die einem Staat oder einer Institution die Befugnis zur Erledigung seiner Aufgaben gibt. Dies gilt vor allem für rechtlich verbindliche Anordnungen gegenüber Einzelnen oder der Allgemeinheit.

Institution

Gesellschaftliche, staatliche oder kirchliche Einrichtung, die dem Wohl des Einzelnen oder der Allgemeinheit dient.

Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof hat derzeit 15 Mitglieder, die sowohl von der Generalversammlung als auch vom Sicherheitsrat der UNO für eine neunjährige Amtszeit gewählt werden. Er ist nach Artikel 92 der Charta das „Hauptrechtsprechungsorgan“ der Vereinten Nationen und hat die Aufgabe, internationale Streitfälle zu regeln und beizulegen.

Internationaler Währungsfond (IWF)

Der IWF wurde 1944 im Rahmen der Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen (UN) in Bretton Woods/USA gegründet. Der IWF ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen in Washington mit derzeit 187 Mitgliedstaaten. Die wichtigste Aufgabe besteht in der Förderung des Welthandels auf der Grundlage zwischenstaatlicher Kooperation, die Aufgaben sind unter anderen: Zusammenarbeit in Währungsfragen mit dem Ziel weltweit stabiler Währungsbeziehungen, Förderung eines ausgewogenen Welthandels, Beseitigung von Devisen- und anderen Handelsbeschränkungen und die Gewährung von Krediten bei negativer Zahlungsbilanz.

Intervention

Völkerrechtlicher Begriff, der die Einmischung oder Einflussnahme eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen bezeichnet.

Irakkrieg, Erster

1990 besetzte der Irak Kuwait, was 1991 zum zweiten Golfkrieg führte. Saddam Husseins Ziel war es vor allem, Kontrolle über die Ölreserven und die Küstengebiete

zu erlangen. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte die Besetzung Kuwaits und forderte den Irak zum Truppenrückzug auf. Die Kriegsallianz unter Führung der USA besiegte den Irak und stellte den alten Zustand wieder her. Der zweite Golfkrieg forderte das Leben von mindestens 120 000 irakischen Soldaten und rund 25 000 Zivilisten. Auf Seiten der Alliierten kamen nach offiziellen Angaben 148 amerikanische Soldaten ums Leben.

Irakkrieg, Zweiter

Auch dritter Golfkrieg. Weil der Irak angeblich Massenvernichtungswaffen besaß, erklärten die USA und die Streitkräfte Großbritanniens mit militärischer und politischer Unterstützung verbündeter Staaten (sogenannte Koalition der Willigen) Saddam Hussein 2003 den Krieg. Der Diktator wurde gestürzt, das Waffenarsenal aber nie gefunden. Nach der Invasion geriet der Irak an den Rand eines Bürgerkriegs. Im Dezember 2011 erklärten die USA den Irakkrieg offiziell für beendet. Auf Seiten der Alliierten kamen nach offiziellen Angaben rund 125 amerikanische und 30 britische Soldaten ums Leben, die Zahl der getöteten irakischen Soldaten und Zivilisten geht in die Tausende.

Libyenkrieg

Der UNO-Sicherheitsrat beschloss im März 2011 eine Flugverbotszone über Libyen und erlaubte Militäreinsätze zum Schutz von Zivilisten. Deutschland enthielt sich der Stimme. Der Nato-Einsatz endete am 31. Oktober und trug maßgeblich zum Sieg der Gaddafi-Gegner über die bisherige Regierung bei. Der langjährige Machthaber Muammar al-Gaddafi starb am 20. Oktober 2011 unter ungeklärten Umständen, als er versuchte, in einem Autokonvoi aus der belagerten Stadt Sirte zu fliehen.

Mandat

Die (vertraglich festgelegte) Vollmacht zur Wahrnehmung bestimmter Interessen oder zur Erledigung bestimmter Aufgaben an eine andere Person oder Organisation. Unter einem UN-Mandat wird eine internationale (Friedens-)Mission verstanden, die von der UN-Generalversammlung bzw. dem Sicherheitsrat autorisiert werden muss.

Menschenrechte

Rechte, die allen Menschen unterschiedslos zustehen. Menschenrechte sind u. a. der Gleichheitsgrundsatz, die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie die Meinungs- und Pressefreiheit. Viele Staaten haben die allgemeinen Menschenrechte als „Grundrechte“ in ihre eigene Verfassung aufgenommen (zum Beispiel im deutschen Grundgesetz), die vor Gericht eingeklagt werden können.

Nationalsozialismus

So bezeichnete sich eine politische Bewegung, die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, der 1918 zu Ende war, entstand. Die Nationalsozialisten machten sich die Not der Menschen zunutze und verfolgten ihre undemokratischen Ziele mit großem Fanatismus. Die Bewegung errichtete 1933 eine Diktatur in Deutschland. Es gab nur noch eine einzige Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihrem „Führer“ Adolf Hitler. Der Nationalsozialismus verfolgte nationalistische, antisemitische (anti-jüdische), fremdenfeindliche und rassistische Ziele. Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg.

NATO

Englische Abkürzung für „North Atlantic Treaty Organization“: Nordatlantikpakt. Verteidigungsbündnis der USA und Kanadas mit zunächst 10 westeuropäischen, heute 26 Mitgliedstaaten. Die NATO wurde 1949 gegründet, Westdeutschland gehört ihr seit 1955, Gesamtdeutschland seit 1990 an.

Reichskanzler

Im Deutschen Reich (1871–1918) höchster, vom Kaiser ernannter, allein verantwortlicher und einziger Minister, der die Politik des Reiches leitete. Auch Vorsitzender der Reichsregierung in der Weimarer Republik und von 1933 bis 1945 diktatorisches Staatsoberhaupt während der nationalsozialistischen Herrschaft. Kurzform: Kanzler.

Resolution

Schriftliche, auf einem entsprechenden Beschluss beruhende Erklärung, in der bestimmte Forderungen erhoben und begründet werden. Resolutionen oder Beschlüsse der Hauptorgane der Vereinten Nationen enthalten Feststellungen, Empfehlungen oder Forderungen und haben unterschiedlichen Verbindlichkeitsgrad.

Staatliche Souveränität

Dieser Begriff bezeichnet die höchste, nach innen und außen unabhängige staatliche Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt. Souveräne Staaten können frei und unabhängig über die Art der Regierung, das Rechtssystem und die Gesellschaftsordnung innerhalb ihres Staatsgebietes bestimmen (innere Souveränität). Das Völkerrecht postuliert die Unabhängigkeit und Gleichheit aller Staaten in den internationalen Beziehungen (äußere Souveränität).

UN

Diese englische Abkürzung steht für „United Nations“: Die Vereinten Nationen. Sie wurden 1945 als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes in San Francisco gegründet, der Hauptsitz befindet sich in New York und 2012 waren 193 Staaten Mitglied dieser Organisation. Die Hauptaufgaben bestehen u. a. in der Sicherung des Friedens und der Beseitigung von Friedensbedrohungen, der Verständigung der Völker untereinander, der internationalen Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und humanitärer Probleme auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker (Art. 1 UN-Charta).

UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR

Die englische Abkürzung steht für „United Nations High Commissioner for Refugees“: Hoher Kommissar für Flüchtlinge. Grundlage der Tätigkeit des UNHCR ist die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Der UNHCR unterstützt Flüchtlinge und Vertriebene mit Soforthilfe (Betrieb von Flüchtlingslagern, Ausgabe von Medikamenten, Nahrungs- und Gesundheitsversorgung etc.), Rechtshilfe und Hilfe bei der Rückkehr in ihre Heimatländer.

UN-Generalsekretär

Generalsekretär (oberster Geschäftsführer) der Vereinten Nationen. Er ist der Verwaltungschef von ca. 16.000 Mitarbeitern sowie von über 100.000 Soldaten, Polizisten und zivilen Experten in Friedenseinsätzen und er gilt als weltweit anerkannter Diplomat und Krisenvermittler.

UN-Generalversammlung

Die Generalversammlung ist das zentrale Beratungsorgan aller 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Sie besteht aus den Vertretern ihrer Regierungen, prüft und genehmigt den Haushalt, setzt die Beitragsquoten fest, bestimmt die Zusammensetzung der Organe, entscheidet mit dem Sicherheitsrat über Aufnahme oder Ausschluss eines Mitglieds, wählt die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und alle Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats, ernennt auf Empfehlung des Sicherheitsrats den Generalsekretär sowie die Richter des Internationalen Gerichtshofs. Die Generalversammlung unterhält zahlreiche Ausschüsse und Hilfsorgane.

UN-Kinderhilfswerk UNICEF

Die englische Abkürzung steht für „United Nations International Children’s Emergency Fund“: Internationales Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Die 1946 gegründete Organisation mit Sitz in New York hat die Aufgabe, den Schutz und die Gesundheit von Kindern zu verbessern, Mütter zu unterstützen, bei der Familienplanung, Erziehung und Ausbildung zu beraten und in Not- und Katastrophenfällen vor allem Kindern beizustehen.

UNO

Englische Abkürzung für „United Nations Organization“: Organisation der Vereinten Nationen. Siehe UN.

UN-Sicherheitsrat

Dieses Organ der Vereinten Nationen in New York hat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Seine Beschlüsse sind für alle UN-Mitgliedstaaten bindend. Er kann eigene Untersuchungen anstellen, vermitteln oder Bedingungen für eine Beilegung von Konflikten aufstellen (z. B. ein Waffenstillstandsabkommen). Außerdem entscheidet der Sicherheitsrat über nicht-militärische Sanktionen wie eine Unterbrechung der Handels- und Verkehrswege oder Kommunikationsverbindungen, aber auch über militärische Maßnahmen wie Seeblockaden, Luftschläge bzw. die Entsendung von Bodentruppen oder Beobachtern.

UN-Treuhandrat

Der Treuhandrat hat fünf Mitglieder: China, Frankreich, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Mit der Unabhängigkeit von Palau, dem letzten verbliebenen Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, hat der Rat am 1. November 1994 formell seine Arbeit eingestellt. Mit einer am selben Tag angenommenen Resolution kam der Rat überein – auf eigenen Beschluss, auf Beschluss seines Präsidenten oder auf Antrag einer Mehrheit seiner Mitglieder, der Generalversammlung oder des Sicherheitsrats – bei Bedarf zusammenzutreten.

UN-Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat hat 54 Mitglieder und verfügt über ein umfassendes Mandat für wirtschaftliche Entwicklung, Sozialwesen, Kultur, Erziehung, Gesundheit und Menschenrechte. Er soll das UN-System „beraten“ und „koordinieren“, verfügt jedoch über keine eigenen rechtlichen oder finanziellen Mittel. Seine Beschlüsse und Vorschläge haben empfehlenden Charakter.

Vereinte Nationen

Siehe UN.

Vetorecht

„Veto“ kommt aus dem Lateinischen und heißt wörtlich übersetzt: „Ich verbiete“. Wer ein Vetorecht hat, kann gegen einen Beschluss vorgehen, spricht „ein Veto einlegen“. Das hat zur Folge, dass dieser Beschluss unwirksam oder aber zumindest aufgeschoben wird. Als Vetomacht wird ein Staat bezeichnet, dessen Regierung im UN-Sicherheitsrat gegen die Beschlüsse des Sicherheitsrates ein Vetorecht zusteht (= ständige Mitglieder).

Völkerbund

Internationale Organisation zur Sicherung des Friedens und der territorialen Unverletzlichkeit der Mitgliedstaaten mit Sitz in Genf. Er wurde 1920 von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges gegründet (Deutschland war seit 1926 Mitglied) und nach Gründung der Vereinten Nationen 1946 aufgelöst. Der aggressiven Expansionspolitik des NS-Regimes hatte der Völkerbund nichts entgegenzusetzen. Dem Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 stand er praktisch ohnmächtig gegenüber.

Warschauer Pakt

Kurzbezeichnung für das im „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vereinbarte Militärbündnis kommunistischer Staaten Osteuropas, das aufgrund der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und gegen die NATO gegründet wurde. Der Pakt wurde 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und der UdSSR in Warschau geschlossen. 1961 trat Albanien aus; mit der Auflösung des Ostblocks wurde 1991 auch das Bündnis aufgelöst.

Weltbankgruppe

Die Weltbank-Gruppe umfasst folgende fünf Organisationen: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD), Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Agency, IDA), Internationale Finanz-Corporation (IFC), Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (Multilateral Investment Guarantee Agency, MIGA), und das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes, ICSID). Gemeinsames Ziel der Weltbankgruppe ist die wirtschaftliche Hilfe für Entwicklungsländer durch finanzielle Unterstützung, Investitionsförderung und fachliche Beratung.

Weltgesundheitsorganisation WHO

Die englische Abkürzung bedeutet „World Health Organization“. Sie wurde 1948 als Sonderorganisation der Vereinten Nationen in Genf gegründet. Ziel der WHO ist die weltweite Verbesserung des gesundheitlichen Standards (z. B. die Aufhebung des krassen Gesundheitsgefälles zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Stadt- und Landbevölkerung). Die Aufgaben der WHO sind unter anderen: Seuchenbekämpfung, Verbesserung der Hygiene und der sanitären Einrichtungen und der Ernährung. Die Weltgesundheitsorganisation übt innerhalb der Vereinten Nationen beratende und koordinierende Funktionen aus.